



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/94

24. April 1950

Hinweise auf den Inhalt:

"Neuwahlen"	S.1
Eine realistische französische Stimme	S.3
"Vergesellschaftung" im CDU-Stil	
Zur Affaire Schröter - Kiel	S.4
Österreich und der Europa-Rat	S.6
Anhang: Denkschrift des Landtags-Ausschusses Schlesw.Holst.	7

Neuwahlen

P.R. Die Forderung Dr.Schumachers nach einem neuen Bundestag und einer neuen Bundesregierung, die er in diesen Tagen bei verschiedenen Gelegenheiten erhoben hat, hat ein starkes Echo gefunden.

Die Frage spielte bereits eine Rolle, als vor einiger Zeit ein Gespräch über die Möglichkeiten einer Umbildung der Regierung beg. m.

Schon damals hat Dr.Schumacher erkennen lassen, dass er es für falsch halte, die Verantwortung für die Politik der Regierung mitzuübernehmen,

deren Schwächen einem wachsenden Kreis auch aus der mittelbaren Anhängerschaft des Bundeskanzlers immer offenkundiger geworden wa-

ren. Das kam umso weniger in Betracht, als die unter den gegenwärtigen Stärkeverhältnissen auch in einer Grossen Koalition keine

echte Chance gehabt hätte, sich mit dem wesentlichen Kern ihrer politischen, ökonomischen und sozialen Vorstellungen durchzusetzen.

Die Zwischenzeit hat die Stellung der Regierung - darüber wird sie sich selbst keiner Täuschung hingeben - vor allem auch

intern weiter geschwächt und lediglich der Einspruch der Alliierten gegen das Einkommensteuergesetz hat sie wieder einmal etwas ge-

schlossener auftreten lassen. Die Gegensätze nicht nur zwischen den Regierungsparteien, sondern auch innerhalb der führenden Regierungs-

partei, der CDU, bestehen unvermindert weiter, darüber könnte vor allem Dr. Pünder aufschlussreiche Auskunft geben. Die Feststellung des Vorsitzenden der SPD zu der Notwendigkeit von Neuwahlen sind eine direkte Folge dieser Entwicklung, d.h. der sich mehrenden Fehlschläge der Regierung. Das Soziale ist heute der unerlässliche Bestandteil jeder nationalen Politik, denn nur maximale wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gerechtigkeit schaffen Sicherheit gegen die grösste Gefahr, den von Moskau gelenkten Kommunismus. Die Politik der Regierung Adenauer hat aber an immer neuen Beispielen gezeigt, dass sie für diese Grundforderungen kaum mehr als ein theoretisches Verständnis hat. Gerade sie stellen aber das Kernproblem einer gesunden innerdeutschen Entwicklung und der Festigung des deutschen Ansehens im Auslande dar.

Vielleicht gibt es Stimmen, die meinen, man solle nicht versuchen, Adenauer und seine Regierung vor Ablauf der Legislaturperiode in 3 1/4 Jahren zum Abtreten zu nötigen - umso unabweiser werde die Notwendigkeit ihrer Ablösung werden. Einen so grosszügigen und risikoreichen Umgang mit der Zeit, die gefährlich drängt, kann man sich aber nicht leisten. Die SPD ist ausserdem der Ansicht, dass der bisherige Anschauungsunterricht für mangelnde politische Befähigung, den die Regierung Adenauer geliefert hat, voll ausreicht, um die Forderung nach Neuwahlen und Regierungsneubildung zu rechtfertigen.

Diese Neuwahlen brauchten nicht unbedingt morgen stattzufinden. Das beste wäre sicher, wenn die Erneuerung des politischen Bildes in Westdeutschland mit den freien Wahlen für ganz Deutschland zusammenfallen könnte, für die auch die Regierung, wie sie versichert, eintritt. Kommt es dazu wegen des sowjetischen Widerstandes nicht, dann sollte wenigstens der Westen alsbald zur Wahlurne gehen.

Eine realistische französische Stimme

 Von unserem Korrespondenten Alfred Frisch-Paris

In der grössten und angesehensten Pariser Morgenzeitung, "Le Figaro", kommt der bekannte französische Soziologe und Journalist Raymond Aron am Ende einer sachlichen Artikelserie über Deutschland zu dem Schluss, die westlichen Alliierten müssten sich rasch zu einer realistischeren und vorurteilsfreieren Politik Westdeutschland gegenüber entscheiden.

Raymond Aron glaubt nicht an die Möglichkeit einer deutschen Neutralität, besonders da Deutschland kaum in der Lage ist, seine Neutralität bei einem etwaigen Angriff zu verteidigen. Andererseits ist es seiner Ansicht nach aber erforderlich, den Deutschen wieder ein politisches Ziel zu geben, und vor allem die Anziehungskraft der europäischen Idee nicht abzuschwächen. Er bezweifelt ferner, dass es genügt, Deutschland in die Strassburger Versammlung zuzulassen, ohne es wenigstens gleichzeitig in den Ministerrat aufzunehmen, da die Konsultativversammlung z.Zt. kaum mehr sei als ein "Debattierklub". Der französische Journalist hält zwar eine deutsch-französische Union bei den gegebenen Verhältnissen für unmöglich, tritt jedoch sehr entschieden für direkte deutsch-französische Besprechungen zur Schaffung einer günstigeren Atmosphäre ein. Die sogenannte "europäische" Diplomatie von heute könne mit der Politik der kollektiven Sicherheit nach 1918 verglichen werden. "In einem eisernen Jahrhundert häuft sie Worte, Papier, Reden und Tagungen an. Der geringste Windstoß wird dieses Kartenhaus unwerfen... Ich stelle mir vor, dass am Vorzuge des Einmarsches der Türken in Byzanz die Bürokraten ihre Arbeiten und die Theologen ihre Streitigkeiten im gleichen Stile fortsetzten wie augenblicklich die westlichen Kreuzleien."

Nach dem Mitarbeiter des "Figaro" haben die drei Aussenminister in London die Wahl zwischen der Wiederaufnahme der seiner Ansicht nach zur Erfolgslosigkeit verurteilten Verhandlungen mit der Sowjetunion und einer positiven Deutschlandpolitik im Westen. Die franzö-

sische Angst vor Überstürzungen sei unrealistisch, denn die Russen hätten nicht gezögert, in Deutschland eine militarisierte Polizei aufzustellen und sie würden ferner vom deutschen Nationalismus keine Garantien verlangen. Die augenblicklichen Verantwortlichen der Bundesrepublik haben schon ihre demokratische Aufrichtigkeit bewiesen. Was die Haltung der Verantwortlichen von Morgen und die Gefühle des deutschen Volkes betrifft, so können wir ihrer nie sicher sein. Zu einem Teil wird ihre Entwicklung davon abhängen, was wir tun werden."

Raymond Aron empfiehlt den Westmächten, ihre Kontrollen auf ein Mindestmaß herabzusetzen; der Bonner Regierung das Höchstmaß von Souveränität, das mit der Aufrechterhaltung einer militärischen Besetzung vereinbar ist, zurückzugeben, eine echte wirtschaftliche Zusammenarbeit in die Wege zu leiten und so bald wie möglich Deutschland in den Ministerausschuss des Europarates aufzunehmen. Diese Maßnahmen würden zwar in keiner Weise die in Frankreich gefürchtete, klassische deutsche Gefahr verringern, sie seien jedoch geeignet, das Risiko einer fortschreitenden Unterhöhlung Westdeutschlands durch den Kommunismus und einer verzweifelten Kehrtwendung nach Osten zu verringern.

"Vergesellschaftung" im CDU-Stil

Auszug aus der beiliegenden Denkschrift des
Landtags-Ausschusses Schleswig-Holstein (Sperfrist bis
25.4.)

Dem Schleswig-Holsteinischen Landtag liegt im Augenblick der Bericht des Landtagsausschusses zur Untersuchung der Eigentums- und Besitzverhältnisse der früheren "Kieler Neuesten Nachrichten/Kieler Zeitung", heute "Kieler Nachrichten", vor. Wie erinnerlich, hatte der Landtag am 1.12.49 diesen Ausschuss gebildet, um die Vorwürfe zu untersuchen, die gegen den Vorsitzenden der CDU in Schleswig-Holstein, Schroeter, Abgeordneter des Schleswig-Holsteinischen Landtages, gegen seine Fraktionskollegen Koch, Dr. Emkerund gegen Professor Becker erhoben worden sind.

Der Ausschuss stellt fest, dass die genannten Herren sich im Jahre 1946 durch einen Gesellschaftervertrag mit Dr. Heinrich, dem

Alleininhaber der Firma "Gerbrandt, Junghans & Co." (Kieler Neueste Nachrichten) ohne jegliche wirtschaftliche Gegenleistung je 450 000

Mark als Gesellschafteranteil übereignen liessen, für welches der Eigentümer, Dr. Heinrich, noch obendrein aus seinem eigenen Vermögen die Haftung übernehmen musste. Diese Übereignung erfolgte allein um des politischen Gewichts und Einflusses dieser Persönlichkeiten willen, die dafür versprochen, den belasteten Dr. Heinrich bei der Entnazifizierung und der Wiedererlangung seines zu 51% beschlagnahmten Vermögens behilflich zu sein.

Nach Erteilung einer Zeitungslizenz an den Abgeordneten Koch (CDU) schloss dieser mit dem Treuhänder der Militärregierung über das Vermögen der "Kieler Neuesten Nachrichten" einen Vertrag ab, nach welchem ihm für jährlich 40 000 Mark (bei täglichem Erscheinen der Zeitung) dieses 4,5 Millionen-Objekt auf 15 Jahre verpachtet wurde. Im Vergleich dazu zahlen die "Lübecker Nachrichten" monatlich 25 000 Mark. Damit wurden die Einnahmen der Öffentlichen Hand als Inhaber der restlichen 51% der Anteile erheblich zugunsten der Pächter geschädigt. Dieser Zustand hält noch heute an. Ausserdem hat Abgeordneter Koch unter Bruch des ersten Vertrages mit Dr. Heinrich, eine "Kieler Nachrichten-GmbH" mit Schroeter, Dr. Emcke und Prof. Becker als Gesellschafter ins Leben gerufen und Dr. Heinrich im Jahre 1948 ausgebootet, um den günstigen Pachtvertrag allein für sich und seine Gesellschafter-Parteifreunde auszunutzen. Obgleich der 1946 abgeschlossene Vertrag gegen deutsches und alliiertes Recht versties, waren nach Auffassung des Ausschusses die Beteiligten moralisch verpflichtet, das Gentleman-Agreement untereinander zu halten. Die nachträglich ungünstigere politische Einstufung des Dr. Heinrichs sei kein ausreichender Grund gewesen, den Vertrag zu brechen, ausserdem sei den Vertragspartnern die politische Belastung Dr. Heinrichs vor Vertragsabschluss bekannt gewesen. Der einzige Beweggrund sei in Wirklichkeit die Wahrung ihres eigenen Vorteils.

Bezeichnend findet der Ausschuss, dass Abgeordneter Schroeter wiederholt Schritte unternahm, um den inzwischen in 5 eingestuftem Dr. Heinrich auf 3 zurückstufen zu lassen. Eine üble Rolle spielen hierbei anonyme Briefe an Militärregierung und Entnazifizierungskammer, die der Ausschuss als Arbeiten des Abgeordneten Schroeter bezeichnet und diese Ansicht durch Gutachten erhärtet. Nicht weniger

über war der Versuch des Abgeordneten Schroeter, unter Ausschaltung Dr. Heinrichs die in dem Besitz der Landesregierung befindlichen 51% des Vermögens für seine Gesellschaft zu erwerben.

Der Landtagsausschuss schlägt nunmehr vor, die geschlossenen Verträge für nichtig zu erklären, mit den Besitzern einen Vertrag über die vergangene Pachtzeit abzuschließen und zwar mit einem nachzuzahlenden angemessenen Pachtzins. Komme eine Einigung nicht zustande, so soll vor ordentlichen Gerichten auf Räumung und Leistung geklagt werden. Die strafrechtlichen Komplexe soll die Staatsanwaltschaft prüfen. Der Abgeordnete Schroeter hat danach Untersuchungen wegen Erpressung, Meißel und ungerechtfertigter Bereicherung zu erwarten. Ungerechtfertigte Bereicherung trifft auch für die Abgeordneten Koch und Dr. Emcke zu, deren Immunität der Landtagsausschuss aufzuheben beantragt. Ein Strafverfahren wegen Untreue hat auch der Treuhänder der Militärregierung, Dr. Brück zu erwarten, da dringender Verdacht der Beteiligung am niedrigen Pachtzins besteht.

- - - - -
Warum nicht Österreich?
- - - - -

"Die Mitgliedsstaaten des Europarates haben sich auffallender Weise bisher niemals an Österreich gewandt, um es aufzufordern, auch nach Strassburg zu gehen. Österreich befindet sich ja in derselben Lage wie Deutschland. Beide sind zu einem Teil durch das vierte Mitglied der Außenministerkonferenz, durch die Sowjetunion, besetzt." Diese Feststellung traf Dr. Gerhart Lütken, Mitglied des Bundestags und einer der aussenpolitischen Sachbearbeiter der sozialdemokratischen Fraktion vor dem Wissenschaftlichen Arbeitskreis der Partei in Braunschweig. Lütken fuhr fort:

"Österreich gehört ja wohl ebenso unzweifelhaft wie Deutschland zu Europa. Wenn also Deutschland jetzt zugemutet wird, gleichzeitig mit dem Seargebiet nach Straßburg zu gehen, so fragt man sich, warum nicht eher Österreich gleichzeitig dort erscheinen sollte, sofern es in Straßburg wirklich um die Konstituierung Europas geht. Daß man über Österreich schweigt, aber auf uns so drückt, könnte seine Erklärung darin finden, dass die eine oder andere der Besatzungsmächte mit dem Gedanken spielt, es sei besser, wenn Deutschland auf seine Ostgebiete und die Ostzone verzichte. Wenn es aber Europa geben soll, kann es Europa nur in einem grösseren Rahmen geben, als ihn die Randgebiete des Atlantischen Ozeans gewähren."